



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn

Blömeke, Sigrid

Paderborn, 1993

Neuanfang unter englischer Besatzung

urn:nbn:de:hbz:466:1-39078

spielsweise durch Einführung des Faches Wehrkunde - der neuen Ideologie angepaßt.

Die zentrale Änderung in der Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung erfolgte erst ein Jahr nach Kriegsbeginn im November 1940 mit einem „Führerbefehl“. Dieser ordnete die Auflösung der - mittlerweile in „Hochschulen für Lehrerbildung“ umbenannten - Akademien und die Einrichtung von „Lehrerbildungsanstalten“ an (vgl. Ottweiler, S. 207). Das bedeutete eine Absenkung ihres Niveaus: Die Schuldauer betrug fünf Jahre, wobei der Volksschulabschluß und HJ-Mitgliedschaft Zugangsvoraussetzungen waren. Das Fachschulniveau wurde damit auch in der äußeren Form deutlich. Andererseits muß man jedoch feststellen, daß das Absenken des Niveaus neue Aufstiegschancen brachte für Kinder aus traditionell bildungsfernen Schichten.

Neuanfang unter englischer Besatzung

Nach der Befreiung vom Faschismus wurde eine vollständige Neuordnung der Ausbildung notwendig. Für die Briten, in deren Besatzungszone die Provinz Westfalen lag, war aber angesichts der ökonomischen Krise in Großbritannien der wirtschaftliche Wiederaufbau ihrer Zone wichtiger als die Bildungspolitik, so daß sie keinen Versuch unternahmen, den organisatorischen Aufbau der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu beeinflussen (vgl. Blömeke, S. 121ff.). Sie zogen sich auf die Position des „indirect rule“ zurück. Die vorherrschenden deutschen Konzepte spielten deshalb eine um so bedeutendere Rolle.

In den Akten des westfälischen Oberpräsidiums lassen sich neun ausgearbeitete Pläne für die Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung finden. Keins der Konzepte sprach sich für eine Ausbildung an der Universität aus (vgl. StA MS, OP 8371). Sie knüpften an christliche Vorstellungen an, so daß sich bestimmte Merkmale einer künftigen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung - wie beispielsweise die erneute konfessionelle Bindung - bereits sehr früh abzeichneten. Dies war angesichts der allgemein geltenden Überzeugung, die Kirchen hätten in der NS-Zeit Widerstand geleistet, und der Tatsache, daß die Kirchen die einzigen Organisationen waren, die den Zusammenbruch unbeschadet überstanden hatten, Konsens. Es existierte jedoch keine Dominanz einer speziellen Organisationsform, diskutiert wurde sowohl über Seminare als auch über Pädagogische Akademien.

Die Notwendigkeit einer schnellen Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer führte anfänglich zu einer Konzentration auf behelfsmäßige Sonderlehrgänge, da man auf die Erzieherinnen und Erzieher der NS-Zeit nach Möglichkeit nur sehr begrenzt zurückgreifen wollte. Einer von diesen einjährigen Kursen, die ehemaligen Soldaten vorbehalten waren, begann Ende Mai 1946 auch in Paderborn.

Parallel hierzu plante man jedoch die endgültige Ausbildungsform. Auf mehreren Treffen der Leiter der Schulabteilungen der Regierungspräsidien Arnsberg, Minden und Münster mit Vertretern der Kultusabteilung des Oberpräsidiums zwischen März und August 1946 fielen wichtige Entscheidungen:

„Es besteht Übereinstimmung darin, daß Hochschulen für Lehrerbildung in der Provinz Westfalen eingerichtet und der Name 'Pädagogische Akademie' für diese Hochschulen gewählt werden soll. Sie sollen nach ihrer örtlichen Lage dem landschaftlichen Charakter und dem Volkstum der Bezirke der Provinz Rechnung tragen und sich nach Möglichkeit an bereits bestehende oder geplante Bildungsstätten anlehnen können.“ (StA MS, OP 8293)

Die Provinz Westfalen knüpfte an bildungspolitische Traditionen der Weimarer Republik an. Sie setzte damit auf eine an der Praxis orientierte Ausbildung.

Eine Rolle bei der Entscheidungsfindung hat sicherlich gespielt, daß in den beiden Nachbarprovinzen Nordrhein und Hannover (die auch zum britischen Besatzungsgebiet gehörten) bereits im Sommer 1945 die Pädagogische Akademie als Ausbildungsform für die Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer angekündigt wurde. Beide Provinzen setzten diese Ankündigung um, bevor in Westfalen auch nur über die richtige Form diskutiert worden war: Otto Haase gründete im Januar 1946 in der Provinz Hannover vier, Joseph Antz zwischen Januar und Herbst 1946 fünf Akademien in Nordrhein. Da der zuständige Referent des westfälischen Oberpräsidiums, Otto Koch, seine Pläne „mit denen der Nachbarprovinzen in möglichste Übereinstimmung zu bringen“ versuchte, blieb nicht viel Spielraum (StA MS, OP 8373).

Entscheidung für eine Pädagogische Akademie in Paderborn 1946

Fünf Akademien sollten jeweils 150 Studentinnen und Studenten aufnehmen, um den projizierten Bedarf zu decken. Die Bewerberinnen und Bewerber mußten das Abitur nachweisen und an einer Aufnahmeprüfung teilnehmen (vgl. StA MS, OP 8085). Neben einer katholischen Akademie in Münster, je einer evangelischen in Bielefeld und Lüdenscheid sowie einer simultanen in Dortmund sollte eine katholische Akademie auch in Paderborn eingerichtet werden. Die Domstadt setzte sich damit gegen eine Reihe von Konkurrentinnen durch, unter denen vor allem Soest gute Chancen gehabt hatte (vgl. Blömeke, S. 148ff.).

Innerhalb von nur zwei Jahren sollten die Studierenden zu Lehrerinnen und Lehrern ausgebildet werden. Eine grundsätzliche „akademische Lehrfreiheit“, wie sie den Universitäten zugestanden wurde, lehnten die Planer für die Pädagogischen Akademien ab: „Es ist eine Synthese von Freiheit und Bindung, von Autorität und Gebundenheit zu erstreben.“ (StA MS, OP 8293) Den Kirchen war deshalb die